



Tobias Brenner

Das Vergleichsverfahren
der Europäischen Kommission
in Kartellfällen



Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einführung	21
Erster Teil: Rechtsgrundlagen und Anwendungspraxis des Vergleichsverfahrens der Europäischen Kommission	27
I. Genese der Einführung	28
II. Zweck der Regelung	29
III. Rechtsnatur und Rechtswirkungen der Regelung	30
IV. Anwendungsbereich	31
V. Ablauf des Verfahrens	32
1. Beginn des Verfahrens	33
2. Vergleichsgespräche	34
3. Vergleichsausführungen	37
a) Inhalt der Vergleichsausführungen	37
b) Reichweite der Anerkenntnisse	40
4. Mitteilung der Beschwerdepunkte	41
5. Kommissionsentscheidung	42
6. Bindung an die Vergleichsausführungen	43
VI. Vergleichsverfahren als „Vergleich“ im Sinne einer einvernehmlichen Verfahrensbeendigung	47
1. Rechtsnatur eines Vergleichs im Vergleichsverfahren	49
2. Erkenntnisse aus der Diskussion zum Verfahren nach Art. 9 VO 1/2003	50
3. Zustandekommen der Vergleichsentscheidung	55
4. Gegenüberstellung mit der Kronzeugenregelung 1996	57
5. Bedeutung von Verhandlungen für einen Vergleich	59
6. Ergebnis	62
VII. Verhältnis zur Kronzeugenregelung	64
1. Erweiterung der Pflichten des Kronzeugen durch das Vergleichsverfahren	65
2. Einschränkung des Zeitfensters für Kronzeugenanträge	66
3. Bedeutung der weitgehend unverknüpften Parallelität	68
VIII. Praktische Anwendung	69

1. DRAM-Verfahren	69
2. Tierfutterphosphate-Verfahren	71
3. Waschpulver-Verfahren	72
4. CRT-Glas-Verfahren	73
5. Zwischenergebnis	74
Zweiter Teil: Effektivität des Vergleichsverfahrens	75
I. Maßstab der Effektivität einer Regelung	76
1. Transparenz des Verfahrens	78
2. Hinreichend attraktive Vorteile für sich vergleichende Unternehmen	78
3. Rechtssicherheit	79
4. Vermeidung von Nachteilen	79
II. Transparenz des Verfahrens	81
1. Problem der Vorhersehbarkeit der Bußgelder	81
2. Verbot der Kommunikation zwischen den sich vergleichenden Unternehmen	82
3. Unklarheiten in Hybridfällen	84
4. Abbruch des Vergleichsverfahrens durch die Kommission bei fehlender Bestätigung	87
5. Intransparente Formulierungen	89
6. Ergebnis zur Untersuchung der Transparenz des Verfahrens	95
III. Attraktivität des Verfahrens	96
1. Bußgeldreduktion als Anreiz des Vergleichsverfahrens	96
a) Höhe der Bußgeldreduktion	97
aa) Erfahrungen mit Vergleichsverfahren in den Mitgliedstaaten der Union	99
bb) Erfahrungen mit Vergleichsverfahren in den Vereinigten Staaten	105
(1) Berechnung der Bußgeldreduktion im Vergleich	106
(2) Einfluss der Unterschiede in den Berechnungsmethoden	108
(3) Vergleich der gewährten Reduktionen	109
cc) Ähnliche Erfahrungen der Europäischen Kommission	110
dd) Ergebnis	114
b) Fehlender Anreiz für Unternehmen mit vollständigem Bußgelderlass	115
2. Limitierung des Abschreckungsfaktors als Anreiz	117
a) Anwendungsbereich	118
b) Anreizwirkung der Begrenzung des Abschreckungsfaktors	121
3. Weitere Vorteile des Vergleichsverfahrens	123

a)	Besserer Schutz vor privaten Schadensersatzprozessen?	123
aa)	Begrenzung der verfügbaren Informationen	124
bb)	Verhältnis zur Transparenzverordnung	126
b)	Mittelbare Vorteile für sich vergleichende Unternehmen	129
c)	Auswirkungen auf am Kartell beteiligte natürliche Personen	130
aa)	Zurechnungssubjekte und Arten der Sanktionen im Kartellverfahren	131
bb)	Bedeutung der Gestaltung des europäischen Kartellrechts für das Vergleichsverfahren	132
4.	Vorteile bei substantiellen Verhandlungen	133
a)	Verhandlungsspielraum im Rahmen von substantiellen Verhandlungen	134
b)	Möglichkeit der Einführung substantieller Verhandlungen	136
c)	Entwicklung der Anwendungspraxis	137
d)	Zwischenfazit	140
5.	Ergebnis der Untersuchung der Attraktivität des Verfahrens	141
IV.	Rechtssicherheit des Verfahrens	143
1.	Ermessen der Kommission bezüglich der Durchführung des Vergleichsverfahrens	143
a)	Darstellung des Ermessens über die Durchführung des Vergleichsverfahrens	144
b)	Bewertung des Ermessens im Vergleichsverfahren	146
2.	Entscheidung zum Vergleichsverfahren wird getroffen von Kommissionskollegium	149
3.	Erwähnung der „Belohnung“ nur in den Leitlinien	153
4.	Ergebnis der Untersuchung der Rechtssicherheit des Verfahrens	154
V.	Nachteile des Verfahrens	155
1.	Verschlechterungen der Position im Verwaltungsverfahren nach einem abgebrochenen Vergleichsverfahren	155
a)	Problemaufriss	156
b)	Gefahr neuer, auf den Vergleichsgesprächen basierender Ermittlungen	159
c)	Schutz durch Beweisverwertungsverbote	160
aa)	Beweisverwertungsverbot aus Art. 28 VO 1/2003	160
bb)	Ungeschriebene Beweisverwertungsverbote	162
d)	Ergebnis	163
2.	Auswirkungen eines Vergleichsverfahrens auf die Anfechtbarkeit der Kommissionsentscheidung	164
a)	Zulässigkeit einer Nichtigkeitsklage gegen eine Vergleichsentscheidung	165

aa)	Rechtsprechung der europäischen Gerichte	165
bb)	Bewirkung eines Rechtsmittelverzichts durch das Vergleichsverfahren	168
cc)	Verstoß einer Nichtigkeitsklage gegen das Verbot des „Venire contra factum proprium“	169
dd)	Zwischenergebnis zur Zulässigkeit einer Nichtigkeitsklage ...	170
b)	Wirkung der Vergleichsausführungen für die Begründetheit einer Nichtigkeitsklage	171
aa)	Aussagen der Stora-Entscheidung zur Begründetheit einer Nichtigkeitsklage	172
bb)	Graphitelektroden-Entscheidung des EuG	176
(1)	Aussagen der Graphitelektroden-Entscheidung	178
(2)	Kritik an der Graphitelektroden-Entscheidung	180
(3)	Skizze der korrekten Beweiswürdigung	182
(4)	Bedeutung der Rechtsprechung des EuG für das Vergleichsverfahren	185
(5)	Ergebnis	186
cc)	Offene Fragen nach der Graphitelektroden-Entscheidung	186
(1)	Klagegrund bei Nachschieben von Argumenten	187
(2)	Bewertung eines Anerkenntnisses rechtlicher Wertungen	188
c)	Rolle der Vergleichsausführungen im Falle eines Abbruchs des Vergleichsverfahrens	190
d)	Ergebnis	192
3.	Auswirkungen von privaten Schadensersatzprozessen auf das Vergleichsverfahren	193
a)	Gesteigertes Risiko von Schadensersatzprozessen	194
b)	Verwendung von Verfahrensmaterial in privaten Schadensersatzprozessen	195
aa)	Gefahr der Discovery für europäische Kartellbeteiligte	198
(1)	Anwendung in Prozessen in den Vereinigten Staaten	199
(2)	Anwendung in Prozessen vor europäischen Gerichten	202
(3)	Reichweite der Discovery	208
bb)	Gegenmaßnahmen der Kommission	208
cc)	Ausblick auf die geplante Stärkung der Kartellrechtsdurchsetzung	210
dd)	Ergebnis	212
c)	Frühere Angreifbarkeit in Folgeprozessen	213
aa)	Mögliche Konstellationen mit einer früheren Angreifbarkeit	214
bb)	Haftung der Kartellmitglieder in den Schadensersatzprozessen als Gesamtschuldner	215

cc) Probleme bei früherer Angreifbarkeit	216
dd) Ergebnis	218
4. Ergebnis der Untersuchung der Nachteile des Verfahrens	218
VI. Ergebnis der Untersuchung des Vergleichsverfahrens anhand von Effektivitätskriterien	220
Dritter Teil: Rechtsstaatlichkeit des Vergleichsverfahrens	223
I. Maßstab der rechtsstaatlichen Grundsätze im Verfahren	223
1. Charakter des Kartellverfahrens	223
2. Rechtsquellen von Verfahrensrechten	224
II. Zulässigkeit der Einführung eines Vergleichsverfahrens	226
1. Kompetenz der Kommission zur Regelung des Vergleichsverfahrens	226
2. Zulässigkeit einer Herabsetzung des Bußgeldes	228
III. Wahrung der Verteidigungsrechte	230
1. Vereinbarkeit mit dem Nemo-Tenetur-Grundsatz	231
a) Geltung des Nemo-Tenetur-Grundsatzes im Kartellverfahren ..	232
aa) Die Orkem-Rechtsprechung	233
bb) Kritik an dieser Rechtsprechung	235
b) Reichweite des Aussageverweigerungsrechts	237
c) Bedeutung eines Aussageverweigerungsrechts im Vergleichsverfahren	238
d) Verbot der Ausübung eines faktischen Zwangs	238
aa) Diskussion hinsichtlich der Kronzeugenregelung	238
bb) Übertragung der Ansätze auf das Vergleichsverfahren	241
cc) Faktischer Zwang durch arbeits- oder gesellschaftsrechtliche Pflichten	245
e) Ergebnis	247
2. Anspruch auf rechtliches Gehör	247
3. Recht auf Akteneinsicht	250
a) Umfang des Akteneinsichtsrechts im normalen Verfahren	252
b) Akteneinsicht im Vergleichsverfahren	253
c) Bewertung der Akteneinsicht im Vergleichsverfahren	254
IV. Vereinbarkeit der Regelung mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz	257
1. Anwendungsbereich des Gleichbehandlungsgrundsatzes	258
2. Inhalt des Gleichbehandlungsgrundsatzes im Wettbewerbsrecht ...	259
3. Bindung der Kommission durch die Durchführung eines Vergleichsverfahrens	260
4. Vereinbarkeit der einheitlichen Reduktion von 10 % mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz	263

a)	Ausprägung des Gleichbehandlungsgrundsatzes bei der Bewertung einer Zusammenarbeit	264
b)	Leitgedanken des Nintendo-Urteils	267
c)	Übertragung der Gedanken des Nintendo-Urteils auf das Vergleichsverfahren	269
aa)	Differenzierung zwischen einem „echten“ und „unechten“ Vergleichsverfahren	270
bb)	Differenzierung unter Beachtung der Rechtsprechung zur Kronzeugenregelung 1996	271
cc)	Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	273
d)	Ergebnis	275
5.	Verringerte Feststellbarkeit von Verletzungen des Gleichbehandlungsgrundsatzes?	275
6.	Ergebnis	276
V.	Grundsatz der Waffengleichheit	277
1.	Ausformung des Grundsatzes der Waffengleichheit in Rechtsprechung und Literatur	278
2.	Anwendung auf das Vergleichsverfahren	280
VI.	Anspruch auf ein Vergleichsverfahren bei überlanger Verfahrensdauer	284
1.	Rechtsgrundlagen	284
2.	Inhalt des Rechts auf ein angemessen langes Verfahren	286
3.	Anspruch auf die Durchführung eines Vergleichsverfahrens auf der Grundlage des Rechts auf ein angemessen langes Verfahren	287
a)	Möglichkeit der „Heilung“ eines unangemessen langen Verfahrens	289
b)	Schlussfolgerungen bezüglich des Inaussichtstellen eines Vergleichsverfahrens	290
4.	Ergebnis	292
VII.	Verletzung der Rechte Dritter	292
1.	Einzelne Rechte Dritter im Kartellverfahren vor der Kommission	293
a)	Beschwerdeverfahren und Anhörung	293
b)	Akteneinsicht und Dokumentenzugang	294
2.	Einfluss des Vergleichsverfahrens auf die Rechte Dritter	300
3.	Bewertung des Einflusses	301
VIII.	Entformalisierung des Verfahrens	304
1.	Das deutsche Vergleichsverfahren als Beispiel eines entformalisierten Verfahrens	305
a)	Ablauf des Verfahrens	305

b) Entformalisierung des Verfahrens?	306
c) Bewertung der Entformalisierung	308
2. Bestimmtheitsgrundsatz als Maßstab für das Vergleichsverfahren der Kommission	309
3. Entformalisierung des Vergleichsverfahrens der Kommission?	310
IX. Missbrauchsgefahr des Vergleichsverfahrens	311
X. Ergebnis der Untersuchung des Verfahrens anhand rechtsstaatlicher Grundsätze	315
Vierter Teil: Verbesserungen des Vergleichsverfahrens und deren Vereinbarkeit mit Rechtsstaatsprinzipien	319
I. Nutzung des Verfahrens nach Art. 9 VO 1/2003 als alternative, zweiseitige Streitbeilegung	319
1. Skizze des Verfahrens nach Art. 9 VO 1/2003	320
2. Vorteile des Verfahrens nach Art. 9 VO 1/2003	322
3. Anwendungsmöglichkeiten in Kartellverfahren	323
a) Zulässigkeit von Verpflichtungszusagen mit Bußgeldverhängung	323
b) Zulässigkeit von Verpflichtungszusagen ohne Bußgeldverhängung	324
aa) Kein Ausschluss durch Erwägungsgrund 13 der VO 1/2003	324
bb) Argumente für die Zulässigkeit von Verpflichtungszusagen in Kartellfällen	326
cc) Argumente gegen die Zulässigkeit von Verpflichtungszusagen in Kartellfällen	330
dd) Abwägung der Argumente	333
ee) Zwischenergebnis zur Zulässigkeit von Verpflichtungszusagen in Kartellfällen	337
c) Der Anwendungsbereich von Verpflichtungszusagen in Kartellfällen	337
aa) Praktische Erfahrungen mit Verpflichtungszusagen unter der VO 17/62	337
bb) Praktische Erfahrungen aus normalen Verfahren	339
cc) Prognose für den Anwendungsbereich von Verpflichtungszusagen in Kartellfällen	341
4. Ergebnis	343
II. Beseitigung der Unklarheiten des Vergleichsverfahrens	344
III. Verbesserung des Schutzes im Falle des Abbruchs des Vergleichsverfahrens	346
IV. Einführung von substantiellen Verhandlungen	347

1. Möglicher Umfang von Verhandlungen im Vergleichsverfahren	349
2. Tatsachengrundlage der Kommissionsentscheidung als Gegenstand von Verhandlungen	353
V. Schaffung einer Bandbreite für die Bußgeldreduktion	358
VI. Verkürztes Verfahren für sich vergleichende Unternehmen in Hybridfällen	359
VII. Einschränkung des Ermessens nach Abschluss der Vergleichsgespräche	361
VIII. Verkürzte Entscheidungen für sich vergleichende Unternehmen	363
IX. Abstimmung mit der geplanten Stärkung der privaten Kartellrechtsdurchsetzung	366
1. Modell einer Verknüpfung der privaten mit der behördlichen Durchsetzung	367
a) Vergleiche in privaten Schadensersatzprozessen gegen Kartellbeteiligte	367
b) Parker-Settlement als Vorbild in der Gestaltung	370
2. Umsetzung dieser Verknüpfung im Kartellverfahrensrecht	372
X. Verbindung des Vergleichsverfahrens mit der Kronzeugenregelung ...	373
 Fünfter Teil: Zusammenfassung in Thesen	 375
 Anhang	 381
 Literaturverzeichnis	 409